

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		
57 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Osnabrück vom 15. Oktober 2008	333	
58 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Erstaufforstung)	333	
59 Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen (Nr. 496)	334	
60 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	334	
61 Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BIm-SchG) Errichtung und Betrieb von 3 Windenergieanlagen in Fürstenau-Welperort Antragsteller: Windenergie Hollenstede 17 Planungsgesellschaft mb	334	
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		
211 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Borgholzhausen und der Stadt Dissen aTW, jeweils vertreten durch den Bürgermeister, über die gegenseitige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren bei Einsätzen auf dem Gebiet der Bundesautobahn 33 und Planskizze	336	
212 Bekanntmachung des Bebauungsplans Nr. 8 „Nördlich der Leverner Straße“ -		
7. Änderung der Gemeinde Bohmte		339
213 Bekanntmachung des Bebauungsplans Nr. 33 „Gewerbegebiet Hunteburg II“ -		
2. Änderung der Gemeinde Bohmte		339
214 Widmung einer Gemeindestraße für den öffentlichen Straßenverkehr in der Gemeinde Bohmte		340
215 Bekanntmachung der Genehmigung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Glandorf		340
216 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 245 „Nördlich Feuerwehr“, der Gemeinde Glandorf		341
C. Sonstige Bekanntmachungen		
11 Änderung der Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. Martini-Kirchengemeinde Buer in Buer		341
12 Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Antonius Kirchengemeinde in Hoyel		342
13 Änderung der Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. Martini-Kirchengemeinde Buer in Buer		343

A. Bekanntmachungen des Landkreises

57

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Osnabrück vom 15. Oktober 2008

Aufgrund der §§ 10, 58 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) in Verbindung mit § 114 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung vom 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.12.2019 (Nds. GVBl. S. 430), hat der Kreistag des Landkreises Osnabrück in seiner Sitzung am 13.07.2020 folgende Satzung beschlossen, mit welcher die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Osnabrück vom 15. Oktober 2008 zuletzt geändert durch Satzung vom 10. Juli 2019 wie folgt geändert wird:

Artikel 1

§ 9 Abs. 4 S. 1 der Satzung wird wie folgt geändert:

„Sofern eine Schule nicht unter den in Absatz 1 genannten Bedingungen im Verkehrsnetz der VOS erreichbar ist, diese jedoch im jeweiligen Schuljahr von mindestens 100 Schülerinnen und Schülern, die im Kreisgebiet wohnen und dem in § 114 Abs. 1 Satz 2 NSchG genannten Personenkreis angehören, besucht wird und der Standort der Schule maximal 5 km (Luftlinie) von der Landkreisgrenze entfernt liegt, erstattet der Landkreis Osnabrück den genannten Schülerinnen und Schülern bzw. deren Erziehungsberechtigten die für diese Beförderung anfallenden notwendigen Kosten.“

Artikel 2

Mit Wirkung ab dem 01.08.2020, ohne Auswirkung für das Schuljahr 2019/2020, werden der § 9 Abs. 4 und Abs. 5 aufgehoben.

Artikel 4

Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend ab 15.08.2019 in Kraft.

Osnabrück, den 28.07.2020

Landkreis Osnabrück
Anna Kebschull
Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

58

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Erstaufforstung)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Es wurde die Erstaufforstung von ca. 4,2 ha Wald in Bissendorf, Gemarkung Grambergen, beantragt.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen erforderlich:

Die Flächen befinden sich in der Schutzzone III A des Wasser-

schutzgebietes Westerhausen/Föckinghausen/Oldendorf. Gemäß §§ 1 Nr. 1 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit der Anlage 1 Nr. 1b der Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO) unterliegt der Grünlandumbruch in der Schutzzone III A eines Wasserschutzgebietes einem Genehmigungsvorbehalt der Unteren Wasserbehörde. Da aus dem Umbruch der Grasnarbe wesentliche Nährstoffschübe resultieren können, können ohne das Vorliegen einer Genehmigung erhebliche Umweltauswirkungen auf das Grundwasser nicht ausgeschlossen werden.

Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser können somit nicht ausgeschlossen werden.

Eine UVP ist erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 10.09.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

59

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen (Nr. 496)

Der vom Landkreis Osnabrück ausgestellte Dienstaussweis Nr. 496 wird für ungültig erklärt.

Osnabrück, 11.09.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

60

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513) geändert worden ist, geprüft:

Der Lohbach wurde östlich der Gemeindestraße „Wattels Höhe“ in der Gemeinde Bippin auf einer Länge von 129 m bis zum östlich gelegenen Wald ausgebaut. Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich.

Ein Zusammenwirken mit bereits umgesetzten Maßnahmen bei der Flurbereinigung liegt nicht vor, da es sich um zwei voneinander getrennten Gewässerabschnitte handelt. Das Schutzgut Fläche ist nicht betroffen, weil keine Flächenversiegelung vorgesehen ist. Bei dem Ausbau des Lohbaches wurde die Gewässersohle grundgeräumt und die Böschungen abgeflacht. Der Bodenaushub wurde zunächst seitlich gelagert

und dann auf die anliegende Fläche einplaniert. Belastete Bodenmaterialien waren nicht vorhanden. Das Schutzgut Boden ist nicht negativ beeinträchtigt. Eine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht durch das Vorhaben nicht. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Die Landschaft wird durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt. Denkmäler sind am Standort nicht vorhanden. Der Lohbach wurde in seiner Gestalt verändert. Das Gewässerkontinuum wurde durch einen zusätzlichen Durchlass unterbrochen. Die Gewässervegetation und das Geschiebe, sowie das Sohlsubstrat wurden vollständig entfernt. Eine Beschattung findet aufgrund der Gehölzrodung nicht mehr statt. Jedoch wurden das Dargebot und die Qualität des Wassers nicht verändert. Außerdem wirkt die Verbreiterung des Gewässerprofils in die Abflachung der Böschungen positiv auf die Entwicklung eines neuen, naturnäheren Lebensraumes. Das Risiko eines Störfalls und einer Umweltverschmutzung bei dem Einsatz schwerer Maschinen während der Bauphase durch austretende Schmier- und Betriebsstoffe wird durch Einhaltung der gängigen Normen und Vorschriften der Verhütung von Gewässerverunreinigungen wirksam vermindert. Daher ist die Auswirkung auf das Schutzgut Wasser unerheblich. Baubedingt können Belästigungen auftreten. Diese Belästigungen sind jedoch temporär und befinden sich in ihrem Ausmaß innerhalb der Zulässigkeitsgrenzen. Daher ist die Auswirkung auf das Schutzgut Luft und Klima unerheblich. Die Schutzziele der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Nördlicher Teutoburger Wald-Wiehengebirge“ werden durch das Vorhaben nicht gefährdet. Bezüglich der Gehölzrodung wird an der Südseite des ausgebauten Gewässers auf einer Länge von 90 m, beginnend am westlichen Gemeindegeweg bis zum östlich liegenden Waldsaum, eine mindestens 3-reihige standortheimische Laubgehölzhecke ab Böschungsoberkante gepflanzt. Durch diese Ersatzpflanzung wird der vorherige Zustand erreicht. Daher ist die Auswirkung auf das geschützte Landschaftsbestandteil unerheblich.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 16.09.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. T. Richter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

61

Öffentliche Bekanntmachung Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Errichtung und Betrieb von 3 Windenergieanlagen in Fürstenau-Welperort

**Antragsteller: Windenergie Hollenstede 17
Planungsgesellschaft mb**

1. Erläuterung des Vorhabens

Die Windenergie Hollenstede 17 Planungsgesellschaft mb beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von 3 Windenergieanlagen in Fürstenau-Welperort.

Das Vorhaben soll an folgenden Standorten errichtet werden:

Stadt Fürstenau, Gemarkung Hollenstede, Flur 11, Flurstücke 35/6 und 93 sowie Flur 12, Flurstück 10/3.

Für die o.g. Standortangaben steht noch eine Flurbereinigung aus. Die Antragsunterlagen beziehen sich auf die neuen Standortangaben:

Stadt Fürstenau, Gemarkung Hollenstede, Flur 31, Flurstücke 6 und 11 sowie Flur 32, Flurstück 20.

Gemäß § 4 des BImSchG in der Neufassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1275) in der zurzeit geltenden Fassung i.V.m. § 1 und der lfd. Nr. 1.6.2 des Anhangs Nr. 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 670) in der zurzeit geltenden Fassung bedarf das Vorhaben einer Genehmigung nach diesen gesetzlichen Vorschriften.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i.V.m. §§ 18, 19 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Die öffentliche Bekanntmachung erscheint in den örtlichen Tageszeitungen (Bersenbrücker Kreisblatt, Linger Tagespost, Ibbenbürener Volkszeitung), dem Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück sowie gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) im Internet auf der Homepage des Landkreises Osnabrück (www.landkreis-osnabrueck.de) und gem. § 20 UVPG im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>).

2. Auslegung der Antragsunterlagen

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen in der Zeit vom

07.10.2020 – 09.11.2020

einschließlich beim Landkreis Osnabrück, Fachdienst Planen und Bauen, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, Raum 4080 aus und können Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 – 13:00 Uhr und Donnerstag von 8:00 – 17:30 Uhr eingesehen werden. Aufgrund der aktuellen Lage durch die Corona-Pandemie ist die vorherige Abstimmung eines Termins zur Einsicht der Unterlagen unbedingt erforderlich (Tel.: 0541 501 4082). Über die einzuhaltenden hygienerechtlichen Bestimmungen werden Sie bei der Terminabsprache informiert.

Des Weiteren liegen die Antragsunterlagen bei

- der Stadt Fürstenau, Fachdienst Planen und Bauen, Ansprechpartner Frau Kolosser, Zimmer 62, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau
- der Samtgemeinde Freren, Bauamt, Ansprechpartner Herr Thünemann, Zimmer 214, Markt 1, 49832 Freren
- der Gemeinde Hopsten, Fachbereich Bauen und Wohnen, Ansprechpartner Herr Baumert, Zimmer 108, Bunte Str. 35, 48496 Hopsten
- Gemeinde Voltlage, Am Markt 1, 49599 Voltlage

zur Einsichtnahme während den jeweiligen Dienstzeiten aus.

Auch hier sind die Termine zur Einsichtnahme vorab abzustimmen.

Die Antragsunterlagen sind im selben Zeitraum im Internet unter www.landkreis-osnabrueck.de/auslegung und im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>) einzusehen.

Zu den Antragsunterlagen, die zur Einsichtnahme ausgelegt werden, gehören u.a. folgende umweltrelevante Unterlagen:

- Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) inklusive Artenschutzrechtliche Prüfung (ASB) und Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (Landschaftspflegerischer Begleitplan)
- Schalltechnischer Bericht
- Bericht zur Schattenwurf-Untersuchung
- Einzelfallprüfung zur optischen Bedrängung
- Artenschutzbeitrag
- FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Hydrogeologisches Gutachten und Baugrundgutachten

Etwaige Einwendungen gegen das o.a. Vorhaben können bei den vorgenannten Dienststellen schriftlich, elektronisch (per E-Mail an waldhaus@lkos.de) oder zur Niederschrift geltend gemacht werden. Sofern Einwendungen zur Niederschrift gelten gemacht werden sollen, ist dafür ebenfalls vorab ein Termin zu vereinbaren (Tel.: 0541 501 4082).

Die Einwendungen müssen die volle leserliche Anschrift mit Namen und Unterschrift tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen. Die Einwendungen werden dem Antragsteller zur Kenntnis gegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Namen und Anschrift nicht weitergegeben, sofern die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens nicht beeinträchtigt wird.

3. Ladung zum Erörterungstermin / zur Online-Konsultation

Die bis zum 10.12.2020 eingegangenen Einwendungen werden am

22.12.2020 um 10:00 Uhr

im Rahmen eines Erörterungstermins im großen Tagungssaal des Museums am Schölerberg, Klaus-Strick-Weg 10, 49082 Osnabrück erörtert.

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 9. BImSchV) wird die Öffentlichkeit vom Erörterungstermin ausgeschlossen, um eine Ansteckungsgefahr durch COVID-19 möglichst gering zu halten. Zutritt haben demnach nur die Personen, die rechtzeitig bis zum 10.12.2020 Einwendungen erhoben haben und ihre Teilnahme am Erörterungstermin bis zum 10.12.2020 schriftlich oder elektronisch (per E-Mail an waldhaus@lkos.de) anmelden.

Es wird darauf hingewiesen, dass, sofern erforderlich, die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Sofern durch die am Erörterungstermin teilnahmeberechtigten Personen eine Überschreitung der Raumkapazität des Ta-

gungssaals zu befürchten ist oder aufgrund etwaiger erneuter Schließungen der Tagungssaal nicht zur Verfügung steht, wird die alternative Durchführung einer Online-Konsultation gem. § 5 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) vorbehalten. An der Teilnahme an der Online-Konsultation sind ebenfalls jene berechtigt, die ihre Einwendungen rechtzeitig bis spätestens zum 10.12.2020 erhoben haben. Die Durchführung einer Online-Konsultation sowie dessen Zeitraum und der Verfahrensablauf wird den Teilnehmereberechtigten rechtzeitig vorher mitgeteilt. Für diese Kontaktaufnahme ist mit der Einwendung die E-Mailadresse oder eine Telefon-/Mobilnummer mitzuteilen.

Sofern die erhobenen Einwendungen nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde keiner Erörterung bedürfen, findet der Erörterungstermin bzw. die Online-Konsultation nicht statt. Dies wird vorher rechtzeitig bekanntgegeben.

Einwendungen, die nach dem 10.12.2020 eingehen und im Erörterungstermin bzw. der Online-Konsultation nicht erörtert werden, werden aber bei der Entscheidung über den Genehmigungsantrag berücksichtigt.

Die Entscheidung über den Antrag bzw. über die Einwendungen wird allen am Verfahren Beteiligten zugestellt. Die Zustellung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Einwender sind zur Teilnahme am Erörterungstermin bzw. der Online-Konsultation berechtigt. Für eine Teilnahme am Erörterungstermin ist eine schriftliche oder elektronische (per E-Mail an waldhaus@lks.de) Anmeldung bis zum 10.12.2020 erforderlich.

Osnabrück, den 30.09.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

211

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen der
Stadt Borgholzhausen und der Stadt Dissen aTW,
jeweils vertreten durch den Bürgermeister,
über die gegenseitige Unterstützung der Freiwilligen
Feuerwehren bei Einsätzen auf dem Gebiet der
Bundesautobahn 33**

Präambel

Die Städte Borgholzhausen und Dissen aTW treffen folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

- (1) für die Stadt Borgholzhausen aufgrund des § 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BKKG) in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW (GkG NRW) in der derzeit gültigen Fassung,
- (2) für die Stadt Dissen aTW aufgrund des § 2 Absatz 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und

die Hilfeleistung der Feuerwehr (Niedersächsisches Brandschutzgesetz – NBrandSchG) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit §§ 5 und 6 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG)

jeweils in Verbindung mit Art. 1 und 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände vom 23.04./09.05.1969 (GV.NRW.S. 928; im Folgenden: Staatsvertrag) und den geltenden Brandschutzbedarfsplänen.

**§ 1
Gegenstand der Vereinbarung**

- (1) Zur Verbesserung des Erreichungsgrades entsprechend ihrer Brandschutzbedarfspläne leisten sich die Freiwilligen Feuerwehren Borgholzhausen und Dissen im Bereich der Bundesautobahn 33 zwischen den Anschlussstellen Nr. 14 (Dissen-Süd) und Nr. 15 (Borgholzhausen) bei allen in der jeweiligen Fahrtrichtung anfallenden Einsätzen gegenseitig Nachbarschaftshilfe.
- (2) Zur Hilfeleistung nimmt die Feuerwehr Borgholzhausen Einsätze von der Anschlussstelle Nr. 15 (Borgholzhausen) bis zur Anschlussstelle Nr. 14 (Dissen-Süd) wahr. Die Feuerwehr Dissen aTW nimmt zur Hilfeleistung Einsätze von Anschlussstelle Nr. 14 (Dissen-Süd) bis zur Anschlussstelle Nr. 15 (Borgholzhausen) wahr. Die Feuerwehren nehmen Einsätze dabei auch auf dem Autobahngebiet der anderen Stadt als Nachbarschaftshilfe wahr. Die jeweiligen Einsatzgebiete auf der Bundesautobahn 33 sind in der als Anlage beigefügten Planskizze (Anlage 1: Planskizze BAB 33) dargestellt.
- (3) Ziel der Nachbarschaftshilfe ist das schnellstmögliche Eintreffen verfügbarer Einsatzkräfte der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehren der Städte Borgholzhausen und Dissen aTW. Ein Erreichen der Einsatzstelle in der vorgegebenen Zeit kann nicht gewährleistet werden, wenn die jeweiligen Einsatzkräfte zunächst einen Autobahnabschnitt bis zu nächsten Anschlussstelle befahren müssten um dort zu wenden und dann den gegenläufigen Abschnitt bis zum Erreichen der Unfallstelle befahren müssten.
- (4) Die Stadt Borgholzhausen und die Stadt Dissen aTW übernehmen die Nachbarschaftshilfe nicht in ihre Zuständigkeit; es besteht lediglich die Verpflichtung, sich gegenseitig Nachbarschaftshilfe in Gestalt der Aufgabendurchführung zu leisten. Die Rechte und Pflichten der Stadt Borgholzhausen und der Stadt Dissen aTW als Träger des Feuerschutzes und der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr bleiben unberührt. Dies lässt auch den ergänzenden Einsatz der jeweils örtlich zuständigen Feuerwehr zu.

**§ 2
Alarmierung und Anforderung**

Bei Einsätzen gemäß § 1 dieser Vereinbarung erfolgt die Alarmierung durch die jeweils zuständige Leitstelle (Kreis Gütersloh und Landkreis Osnabrück) entsprechend der hinterlegten Einsatzstichworte bzw. Vereinbarungen.

**§ 3
Ausrücken**

Das Ausrücken zur Nachbarschaftshilfe erfolgt dem Ereignis

entsprechend mit den erforderlichen Einsatzkräften und Mitteln.

§ 4 Einsatzleitung

Die Einsatzleitung obliegt der Feuerwehr, die zuerst am Einsatzort eintrifft. In den Fällen des § 1 Absatz 4 Satz 3 ist die tatsächlich örtlich zuständige Feuerwehr nach ihrem Eintreffen am Einsatzort berechtigt, jederzeit die Einsatzleitung übernehmen.

§ 5 Kostenregelung

- (1) Der jeweilige Träger macht auf seinem Gebiet Kosten gegen Dritte selbstständig geltend. Die daraus resultierenden Einnahmen leitet dieser an den helfenden Träger weiter.
- (2) In den Fällen des Absatz 1 stellt der Träger, der Nachbarschaftshilfe geleistet hat, dem anderen Träger die zur Abrechnung des Einsatzes notwendigen Unterlagen, insbesondere Einsatzberichte und Rechnungen, auch über Fremdleistungen, zur Verfügung.
- (3) Im Übrigen wird die Nachbarschaftshilfe der Feuerwehren untereinander grundsätzlich unentgeltlich geleistet.

§ 6 Versicherungsschutz

Für den Versicherungsschutz ihrer Feuerwehrangehörigen sind die Stadt Borgholzhausen und die Stadt Dissen aTW jeweils eigenverantwortlich zuständig.

§ 7 Nebenabreden und Mitwirkung

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung einschließlich dieser Bestimmung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, es sei denn, diese wurden nachweislich zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt.
- (2) Wichtige Entwicklungen bei den Vertragspartnern, die Auswirkungen auf diese Vereinbarung haben, werden rechtzeitig gegenseitig kommuniziert.

§ 8 Laufzeit, Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie verliert ihre Gültigkeit ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn die Bundesautobahn 33 außer Betrieb genommen wird oder die Zuständigkeit durch eine andere Stelle erklärt oder geregelt wird.
- (2) Die Vertragsparteien räumen sich darüber hinaus ein schriftliches gegenseitiges ordentliches Kündigungsrecht ein. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate zum Ablauf des Kalenderjahres. Die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 9 Inkrafttreten, Schlussklauseln

- (1) Diese Vereinbarung bedarf gemäß § 24 Absatz 2 GKG NRW i.V.m. § 29 Absatz 4 GKG NRW der Genehmigung durch die Bezirksregierung Detmold. Gemäß § 24 Absatz

3 GKG NRW ist die Vereinbarung und ihre Genehmigung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold bekannt zu machen.

- (2) Die Vereinbarung bedarf nach § 2 Absatz 5 NKomZG in Verbindung mit dem Staatsvertrag der Genehmigung durch den Landkreis Osnabrück. Die Stadt Dissen aTW hat die Vereinbarung nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt am Tage nach den Bekanntmachungen nach den Absätzen 1 und 2 in Kraft.
- (4) Bei Streitigkeiten über Rechte und Verbindlichkeiten der Beteiligten aus dieser Vereinbarung sind die jeweiligen Aufsichtsbehörden zur Schlichtung aufgerufen.

§ 10 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder nicht durchführbar sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die unwirksame, nichtige oder nicht durchführbare Bestimmung wird so ergänzt oder ersetzt, dass der ursprünglich gewollte wirtschaftliche und rechtliche Zweck erreicht wird. Für den Fall, dass diese Vereinbarung Lücken enthalten sollte oder dass sich bei der Durchführung dieser Vereinbarung Lücken herausstellen, verpflichten sich die Vereinbarungsparteien, zur Ausfüllung der Lücke eine angemessene Regelung zu treffen, die – soweit rechtlich möglich – dem am nächsten kommt, was von den Vertragsparteien gewollt wurde oder was sie nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

Borgholzhausen, den 29.07.2020

Dissen aTW, den 29.07.2020

Für die Stadt Borgholzhausen Für die Stadt Dissen aTW

Der Bürgermeister
Dirk Speckmann

Der Bürgermeister
Eugen Görlitz

Genehmigung

Im Einvernehmen mit der Bezirksregierung Detmold wird die vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Stadt Borgholzhausen und der Stadt Dissen aTW über die gegenseitige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren bei Einsätzen auf dem Gebiet der Bundesautobahn 33 gemäß § 2 Abs. 5 Satz 2 i.V.m. § 20 Abs. 2 Nr. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 21. Dezember 2011 (Nds. GVBl. 2011, 493) in der z.Zt. gültigen Fassung i.V.m. dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen vom 23. April 1969/9. Mai 1969 genehmigt. Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 2 hat das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) mit Schreiben vom 14. Juni 2019 (32.31-01610/5082) den Landkreis Osnabrück für die Stadt Dissen aTW zur Genehmigungsbehörde gemäß Art. 3 Abs. 4 Satz 2 des Staatsvertrages bestimmt.

Osnabrück, den 3. September 2020

Landkreis Osnabrück
Kommunalaufsicht
i.A. Venhaus



Bezirksregierung Köln



GEObasis.nrw

Anlage 1: Planskizze BAB 33

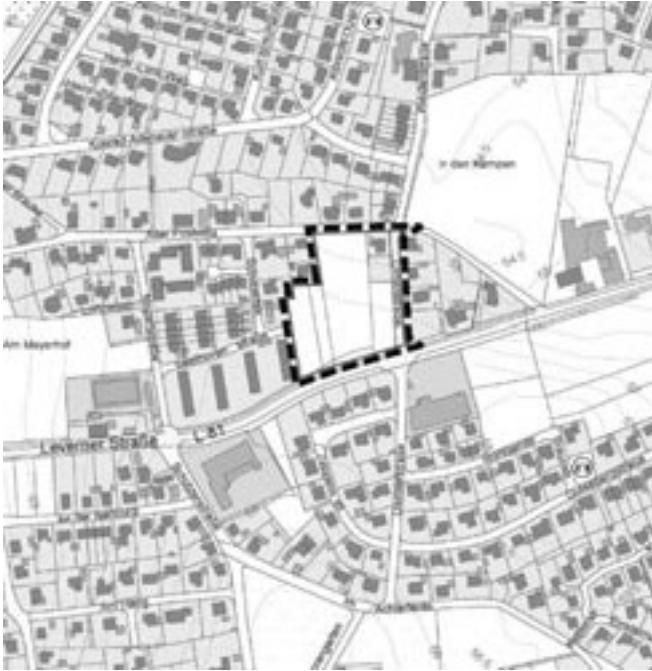
Dieser Ausdruck wurde mit TIM-online (www.tim-online.nrw.de) am 10.02.2020 um 14:35 Uhr erstellt.

Land NRW (2020) - Lizenz d-by-3.0 (www.grodata.de/dt-d-by-2.0) - Keine amtliche Standardausgabe. Für Geodaten anderer Quellen gelten die Nutzungs- und Lizenzbedingungen der jeweils zugrundeliegenden Dienste.



**Bekanntmachung
des Bebauungsplans Nr. 8
„Nördlich der Leverner Straße“ - 7. Änderung
der Gemeinde Bohmte**

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 09. Juli 2020 die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 „Nördlich der Leverner Straße“ gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der aktuell geltenden Fassung als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 „Nördlich der Leverner Straße“ in



Kraft.

Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Bohmte, Flur 43, zwischen „Alter Postweg“ im Norden, der Ulmenstraße im Osten, der Landesstraße 81 (Leverner Straße) im Süden und der Schubertstraße im Westen. Er umfasst eine Größe von ca. 12.410 qm. Die genaue Lage des Plangebietes ist im Kartenausschnitt (ohne Maßstab), der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.

Die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 „Nördlich der Leverner Straße“ wird ab sofort zusammen mit der Begründung und der Schalltechnischen Untersuchung bei der Gemeinde Bohmte, Rathaus, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Zimmer 23, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht (aufgrund der Corona-Pandemie und den aktuell geltenden Vorschriften hierzu nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Tel. 05471/808-44) bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Ebenso finden Sie alle Dokumente auf der Internetseite www.bohmte.de unter dem Menüpunkt Planen und Bauen/aktuelle Bebauungspläne.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des

Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bohmte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

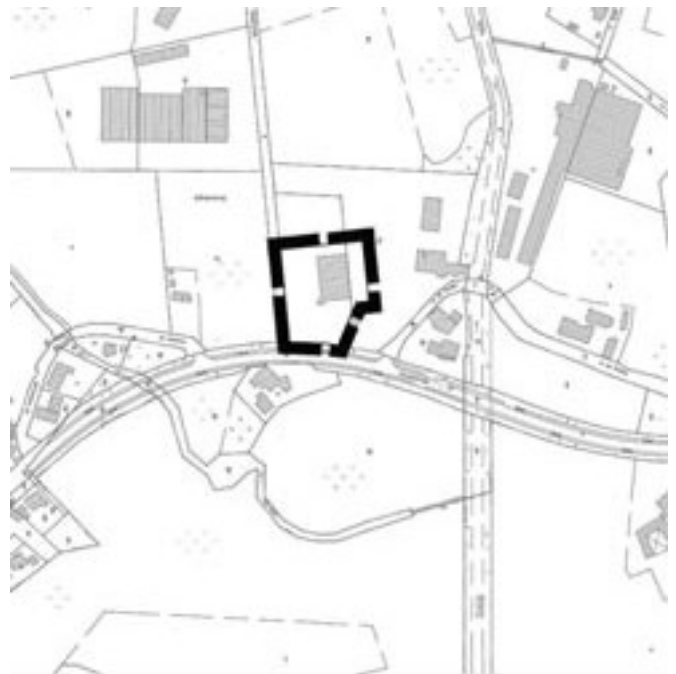
Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

**Bekanntmachung
des Bebauungsplans Nr. 33
„Gewerbegebiet Hunteburg II“ – 2. Änderung
der Gemeinde Bohmte
Satzungsbeschluss und Inkrafttreten
gem. § 10 Abs. 3 BauGB**

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 09. Juli 2020 die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 33 „Gewerbegebiet Hunteburg II“ gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der aktuell geltenden Fassung als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt die 2.



Änderung des Bebauungsplans Nr. 33 „Gewerbegebiet Hunteburg II“ in Kraft.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung ist Teil der Gemarkung Meyerhöfen, Flur 19 und umfasst die Flurstücke 96 (tlw.), 93/4 (tlw.), 93/3 (tlw.), 93/7 (tlw.), 93/6 und 93/5. Die genaue Lage des Plangebietes ist im Kartenausschnitt (ohne Maßstab), der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 33 „Gewerbegebiet

Hunteburg II“ wird ab sofort zusammen mit der Begründung und der Berichtigung des Flächennutzungsplans im Wege der Berichtigung bei der Gemeinde Bohmte, Rathaus, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Zimmer 23, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht (aufgrund der Corona-Pandemie und den aktuell geltenden Vorschriften hier-zu nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Tel. 05471/808-44) bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Ebenso finden Sie alle Dokumente auf der Internetseite www.bohmte.de unter dem Menüpunkt Planen und Bauen/aktuelle Bebauungspläne.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bohmte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

214

Amtliche Bekanntmachung Widmung einer Gemeindestraße für den öffentlichen Straßenverkehr in der Gemeinde Bohmte

Folgende in der Gemeinde Bohmte, Landkreis Osnabrück, gebaute Straße wird gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24.09.1980 (Nds. GVBl. S. 359), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 18 und 38 geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 112), mit sofortiger Wirkung als Gemeindestraße für den öffentlichen Straßenverkehr gewidmet:



„Buchenweg“ 00162

Gemarkung Bohmte, Flur 32, Flurstück 50

Die Planskizze (ohne Maßstab) ist Bestandteil dieser Bekanntmachung.

Rechtbehelfsbelehrung:

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage ist gegen die Gemeinde Bohmte, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte zu richten.

Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

215

Bekanntmachung der Genehmigung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Glandorf

Der Landkreis Osnabrück hat die vom Rat der Gemeinde Glandorf am 01.10.2019 beschlossene 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Glandorf mit Verfügung vom 26.05.2020 (Az. 6.3-04-14-2020) gemäß § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) genehmigt.

Gegenstand der Änderung ist die Ausweisung eines ca. 0,9 ha großen Gewerbegebietes an der B 51.

Der Geltungsbereich ist aus der anliegenden Planzeichnung ersichtlich.



Grenzen des Geltungsbereiches der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes

Die genehmigte Flächennutzungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung und der Planbegründung mit Umweltbericht sowie weiteren Anlagen, liegt ab sofort im Bauamt der Gemeinde Glandorf, Münsterstraße 11, 49219 Glandorf während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jeder kann über den Inhalt der Flächennutzungsplanung Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Glandorf gemäß § 6 BauGB wirksam.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie

nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Glandorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Glandorf, 15.09.2020

Gemeinde Glandorf
Die Bürgermeisterin
Dr. Magdalene Heuvelmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30, September 2020

216

**Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 245 „Nördlich Feuerwehr“,
der Gemeinde Glandorf**

Der Rat der Gemeinde Glandorf hat in seiner Sitzung am 13.03.2019 den Bebauungsplan Nr. 245 „Nördlich Feuerwehr“ als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung anerkannt. Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt. Der Beschluss wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs sind im nachstehenden Planausschnitt, der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, kenntlich gemacht.

Der Bebauungsplan Nr. 245 „nördlich Feuerwehr“, liegt nebst Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) ab sofort im Rathaus (Fachdienst Bauen und Umwelt), Münsterstr. 11, 49219 Glandorf, aus und kann während der Öffnungszeiten eingesehen werden. Über den Inhalt des Bebauungsplanes wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahren- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Glandorf geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde Glandorf schriftlich unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Glandorf, 15.09.2020

Gemeinde Glandorf

Dr. Magdalene Heuvelmann



Die Bürgermeisterin
Grenzen des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 245 „Nördlich Feuerwehr“
Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30, September 2020

C. Sonstige Bekanntmachungen

11

**Änderung
der Friedhofsgebührenordnung (FGO)
für den Friedhof der Ev.-luth.
Martini-Kirchengemeinde Buer in Buer**

**§ 6
Gebührentarif**

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

7b. Urnengrabstätten „Unter Rosen“:

Für 20 Jahre – je Grabstelle –
inkl. FUG und Pflege

1.179,-- €

Buer, den 03.09.2020

Der Kirchenvorstand:
(Siegel)

Falk Bischoff
Vorsitzender

gez. Sophia Oltmann
weiteres Mitglied

Die Änderung der Friedhofsgebührenordnung, sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 03.09.2020 werden hiermit ge-

mäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 09.09.2020

(Siegel)

Kusserow, Oberkirchenrat
Kirchenamt Osnabrück-Stadt und -Land

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

12

Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Antonius Kirchengemeinde in Hoyel.

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Hoyel für den Friedhof in Hoyel am 3. September 2020 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner der Benutzungsgebühr ist

1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Gebührensschuldner der Verwaltungsgebühr ist

1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in dessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(3) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehen der Gebührenschuld

(1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit

der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.

(2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.

(3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 Festsetzung und Fälligkeit

(1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.

(3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5 Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Porto kosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

- | | |
|---|------------|
| 1. Reihengrabstätten
Für 30 Jahre : | 366,00 € |
| 2. Wahlgrabstätte:
Für 30 Jahre - je Grabstelle- : | 480,00 € |
| 3. Pflegefreie Rasengrabstätte inkl. FUG:
Für 30 Jahre: | 1.236,00 € |
| 4. Urnenrasengrabstätte inkl. FUG:
Für 30 Jahre: | 646,00 € |
| 5. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 6 der Friedhofsordnung: | |

- a) eine Gebühr gemäß Nummer 6 zur Anpassung an die neue Ruhezeit und
- b) eine Gebühr gemäß Abschnitt II. Nummer 2.

6. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 FO) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, 1/30 der Gebühren nach der Nummer 2 zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde:

Die Gebühr wird nach Aufwand berechnet.

III. Friedhofsunterhaltungsgebühr zur Finanzierung der Kosten für Strom, Wasser, Unterhaltung der Außenanlage und Wege

Für ein Jahr
- je Grabstelle -: 10,00 €

IV. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer und der Friedhofskapelle/Kirche:

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Bestattungsfall: 231,00 €
2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle/Kirche je Trauerfeier: 250,00 €

V. Sonstige Gebühren

1. Verwaltungsgebühren nach Aufwand

§ 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 12.04.2016 außer Kraft.

Hoyel, den 3. September 2020

Der Kirchenvorstand:
(Siegel)

Pn. Dremel-Malitte
Vorsitzende/r

Puls
Kirchenvorsteher/in

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 09.09.2020

(Siegel)

Kusserow
Oberkirchenrat

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 18, 30. September 2020

13

Änderung der Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. Martini-Kirchengemeinde Buer in Buer

§ 18b Urnengrabstätten „Unter Rosen“

- (1) Urnengrabstätten „Unter Rosen“ sind pflegeleichte Grabstätten für Urnenbestattungen auf einer Gemeinschaftsgrabfläche. Der Vorname und Name, sowie Daten sind auf einer Bronzeplatte festgehalten.
- (2) Die Nutzungszeit beträgt 20 Jahre. Es besteht eine Möglichkeit der Verlängerung. Die Grabpflege übernimmt die Friedhofsverwaltung.
- (3) Die Ablage von kleinem Blumenschmuck ist nur auf der dafür vorgesehenen Fläche erlaubt.
- (4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas Anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Wahlgrabstätten auch für die Urnengrabstätten „Unter Rosen“.

Buer, den 03.09.2020

Der Kirchenvorstand:
(Siegel)

Falk Bischoff
Vorsitzender

Sophia Oltmann
weiteres Mitglied

Die Änderung der Friedhofsordnung sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 03.09.2020 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 09.09.2020

Kusserow
Oberkirchenrat
Kirchenamt Osnabrück-Stadt und -Land

